begonnen, selber Studien und Dokumentationen zu erarbeiten. Nach anfänglichen Schwierigkeiten gewinnt diese Arbeit eigene Konturen und Perspektiven. So waren, wie ich schon angedeutet habe, große Anstrengungen nötig, um Einblick in die verschiedenen Archive zu erlangen, also in Stadt-, Staats- und auch Parteiarchive, kirchliche Gemeindearchive, Gauck-Behörde. Teilweise haben wir das bis heute natürlich noch nicht können. Modellhaft versuchen wir, diese verschiedenen Perspektiven, die in der DDR nie zusammenkommen konnten, in der Gesellschaft zusammenzuführen anhand der Dokumentation. Wir versuchen, die verschiedenen Perspektiven zusammenzuführen in einer Dokumentation über die Friedensgebete, die hier in Leipzig stattgefunden haben in der Zeit von 1982 bis 1990. Diese Dokumentation ist kurz vor dem Abschluß und wird 1993 erscheinen. Weitere Projekte, an denen wir uns beteiligen, sind eine Reihe von Diskussionsveranstaltungen zu verschiedenen Problemen in der Auseinandersetzung mit regionalhistorischen Ereignissen und sogenannte Täter-Opfer-Gespräche. Außerdem bereiten wir eine Geschichtswerkstatt Leipzig vor. Die nächste Veranstaltung, die wir machen, wird sein zum Thema „Das Geheimnis der Popularität von Manfred Stolpe“ aus Anlaß eines Abends, den Manfred Stolpe hier in der Nikolai-Kirche am 9. Oktober geben sollte, allerdings hat er zurückgezogen. Vielleicht können Sie sich so ein Bild über unsere Arbeit machen.

Bürgerkomitee Leipzig – Museum in der Runden Ecke –: Ich vertrete das Bürgerkomitee Leipzig. Nach mir wird noch kurz Frau Hollitzer sprechen, wir versuchen uns kurz zu halten. Wir wollen eigentlich Sie dann ja auch einladen in unsere Ausstellung, so daß ich denke, wir haben noch einmal Gelegenheit, uns darzustellen. Wir danken Ihnen ganz herzlich für diese Einladung. Wir freuen und ganz besonders, daß diese Anhörung hier in Leipzig stattfindet, eigentlich selbstverständlich, leider ungewohnt. Hier entstanden jenseits von viel Presserummel aus den Montagsgebeten in der Nikolai-Kirche die Demonstrationen, die die DDR zum Einsturz brachten. Maueröffnung und Wende sind Folgen dieser machtvollen friedlichen Demonstrationen. Das Bürgerkomitee Leipzig bildete sich nach einer solchen Montagsdemonstration am 4. Dezember 1989 anläßlich der ersten Kontrollen in den Gebäuden der Staatssicherheit. Ursprünglich sahen wir unsere Aufgabe ganz eng auf die Staatssicherheit begrenzt. Nach 4 Wochen Kontrolle und der Auflösung des MfS und der ersten DDR-weiten Bürgerkomitee-Versammlung am 4./5. Januar 1990 in Leipzig stellten wir jedoch fest, für die verfassungswidrige Tätigkeit des MfS trägt die SED die Verantwortung. Von dieser Zeit an stand die Auflösung des MfS für uns auch immer im Kontext zur Gesamtstruktur des SED-Staates. Es blieb leider nur bei sporadischen Kontrollen und, man möchte fast sagen, Ausflügen in die Organe der SED, Archive und Abteilung Inneres, weil uns die Kraft fehlte. Im nachhinein läßt sich sagen, daß das MfS auch in der Zeit der Auflösung und danach wieder Schild und Schwert der Partei

war. Während sich alle um das MfS kümmerten, konnte sich die SED in Ruhe umstrukturieren. Das Problem ist bekannt. Die konzentrierte Aufklärung über das MfS legte den Grund für die jetzige effektive Aufdeckung von Spitzeln. Als Facette der alten Konstellation sehen wir die Konzentration heute auf Staatssicherheit vor allem in der Presse, aber auch bei den Überprüfungen im öffentlichen Dienst und in den Parlamenten. Die alte Konzentration hat sich bis jetzt durchgehalten, und wir haben nach wie vor dieses falsche Gewicht. Ich hoffe, daß die Enquete-Kommission in dieser Hinsicht ein Gegengewicht zu halten hilft.

Die Staatssicherheit ist auch der Sündenbock für viele von uns ehemaligen DDR-Bürgern, die die eigene Verwicklung mit dem System nicht ernstnehmen wollen. Bürger wenden sich an uns, die höchstwahrscheinlich gar keine Stasiakte haben. Sie können schwer begreifen, daß Schule, volkseigene Betriebe, Volkspolizei und Volksarmee, in denen sie oft aktiv, manchmal auch als Handlanger mitgearbeitet haben, dazu beitrugen, mit Repressionen Widerständler gleichzuschalten. Das Bürgerkomitee Leipzig hat sich intensiv für den Erhalt der Stasiakten eingesetzt. Das ist Ihnen sicherlich bekannt. Unsere Weigerung, die Akten der Auslandsaufklärung – wie vor allen Dingen von Innenminister Diestel angewiesen – zur Vernichtung freizugeben, steht damit im Zusammenhang. Wir begrüßen daher auch Ihren Aufruf, werte Abgeordnete, Aktenvernichtung im nachhinein als Straftatbestand zu ahnden. Wir wären Ihnen, Herr Eppelmann, sehr dankbar, wenn Sie aus Ihrer heutigen Sicht sich zu den Aktenvernichtungen äußern würden, die bei der Nationalen Volksarmee passierten. Gegen den Widerstand der Regierungen Modrow und de Maizière setzten sich die Bürgerkomitees für die Öffnung der Akten ein. Wir arbeiteten im Volkskammerausschuß mit. Wir haben dann bei diesem Gesetz mitgearbeitet, das von der Volkskammer beschlossen wurde. Über diesen Ausschuß, geleitet von Herrn Gauck, haben dann Bürger – und wir haben uns dort auch beteiligt –, mit unkonventionellen Mitteln darauf dringen müssen, daß in einem Abschlußpapier in den Einigungsvertrag diese Grundsätze wenigstens aus dem Gesetz übernommen wurden. Wir haben dann auch an dem Stasiunterlagengesetz mitgearbeitet und haben als Bürgerkomitee mit als Erste einen Entwurf vorgelegt und auf vielen Ebenen u. a. auch in Gesprächen mit Ihnen als Bundestagsabgeordneten Einfluß nehmen können. Wir sind mit diesem Gesetz nicht ganz so zufrieden. Aber die Öffnung der Akten ermöglicht wenigstens, daß wir, soweit es die Staatssicherheit betrifft, die Eingriffe in unser individuelles Schicksal nachvollziehen können. Wir können Gleichschaltung und Repression etwas besser verstehen und wir können nachvollziehen, wie hinhaltender Widerstand Freiräume erhalten und vorauseilender Gehorsam das Leben natürlich auch vergiftet hat. Weil wir immer wieder in der Erfahrung bestätigt wurden, daß Offenheit der beste Schutz der Öffentlichkeit vor Willkür ist, forderten wir die Öffnung der

Akten. Der Geheimdienst Staatssicherheit hat den Zusammenbruch der DDR gefördert. Eine demokratische Kontrolle hätte nie funktionieren können, weil sie zu tief dem Wesen eines Geheimdienstes widerspricht. Das sind Erfahrungen, die auch die neue Bundesrepublik verinnerlichen sollte. Verfolgung von kriminellen Delikten, organisierter Kriminalität oder ausländerfeindlicher Ausschreitungen gehört in die Zuständigkeit der Polizei. Die Auseinandersetzung mit demokratiefeindlichen Ideologien ist Aufgabe der Öffentlichkeit, auch über die Ereignisse in Rostock und Hoyerswerda. Nach wie vor bleibt nach unserer Ansicht kein Raum für Verfassungsschutz.

Ich will Ihnen noch in kurzen Sätzen vorstellen, was uns in den letzten Wochen bewegt hat. Wir haben einen Bunker bei den Lübschützer Teichen, die Ausweichführungsstelle der Bezirksverwaltung Leipzig. Wir streben auch dort eine Ausstellung an; wir hatten sie schon zeitweise eröffnet mit sehr vielen Besuchern. Jetzt hat die Kreisverwaltung gesagt, sie wolle dieses Gelände wegen Verwaltungs- und Sicherheitsschwierigkeiten abstoßen, während der Kreistag sich eindeutig dafür ausgesprochen hat, diese Bunker zu erhalten. Ich möchte Sie darauf hinweisen, vielleicht müssen wir Sie in dieser Angelegenheit um Unterstützung bitten, weil wir es für ein Beispiel halten, wie perfide dieses System sich selbst abgesichert hat unter dem Blickwinkel, „wenn ganze Regionen vernichtet werden, dann wollen wenigstens wir bei einem Atomschlag überleben“.

Ich gebe jetzt vielleicht kurz noch einmal an Frau Hollitzer, damit sie einige kleine Punkte berichten kann, was sie in der Ausstellung erlebte.

Frau Hollitzer: Als Mitglied des Leipziger Bürgerkomitees betreue ich seit Dezember 1990 die Stasiausstellung in Räumen der Bezirksverwaltung, ’Runde Ecke’ genannt. Diese Ausstellung entstand spontan im Juni 1990, damals hatten sich Bürgerkomitee-Mitglieder gesagt, es könne nicht angehen, daß nur eine kleine Anzahl von Menschen Einblick in die Machenschaften dieses Unterdrückungsapparates hätte. Vielmehr müsse öffentlich gemacht werden, wie es dazu kommen konnte, ein Volk über Jahre in Angst zu halten, einzuschüchtern, der äußeren und oft auch inneren Freiheit zu berauben, den vorauseilenden Gehorsam anzuerziehen und schließlich ein Volk zu haben, welches die unfreiwillig bzw. die selbst angelegten Fesseln als solche oft nicht mehr erkannte. Es würde jetzt hier zu weit führen, darüber nachzudenken, wie der 89er Aufbruch dennoch zustande kam. Uns ist es wichtig, mit unserer Ausstellung deutlich zu machen, wie dieser Machterhaltungsapparat der SED die Menschen in der DDR geprägt hat. Besucher aus den alten Bundesländern werden besser begreifen, warum Ex-DDR-Bürger oft anders sind. Auch hoffen wir, mit der Offenlegung die Menschen sensibel machen zu können für solcherlei Dinge. Geben wir uns keiner Illusion hin, es kann immer wieder geschehen. Als nach der Ausstellungseröffnung vor über 2 Jahren drei Wochen lang täglich über tausend Besucher in den Pavillon

am Leipziger Sachsenplatz kamen, zeigte uns das, wie sensationell es für unsere Bevölkerung war, in die Arbeitsweise eines Geheimdienstes – und noch dazu des eigenen – hineinzusehen. Unsere Ausstellung ist weiterhin eine vielbeachtete Einrichtung der Stadt Leipzig. Wir zählen zwischen 40 und 120 Besucher am Nachmittag. Außerdem bieten wir Führungen für Gruppen an. Von diesem Angebot wird immer häufiger Gebrauch gemacht: Leipziger Herder-Institut, Goethe-Institut München mit Seminarteilnehmern aus aller Welt, die politische Bildung aus den alten Bundesländern und Besucher von Kongressen in Leipzig. Daß wir die Ausstellung in Originalräumen zeigen können, erhöht ihren informativen Charakter. Dieser verbunden mit unserem DDR-Lebensweg und unserem persönlichen Engagement bei der Stasiauflösung bilden ideale Voraussetzungen für ein Museum solcher Art und sind vielleicht auch ein Grund für das positive Echo auf unsere Führungen hier. Inzwischen kommen auch Leipziger Lehrer mit ihren Klassen. Das Thema gehört zum Ethik-Unterricht. Ich habe den Eindruck, mancher Lehrer ist froh, diese Problematik für eine Unterrichtsstunde an uns abgeben zu können. Wir haben eine Wanderausstellung, die in den alten Bundesländern gezeigt wird. Dazu können Sie dann in der Ausstellung noch sich selber informieren. Die Möglichkeit der Akteneinsicht ließ die Leute in den ersten Tagen dieses Jahres zu Hunderten vor der Runden Ecke Schlange stehen, um sich Anträge zu holen. Ihre damit zusammenhängenden Fragen können wir leicht beantworten. Auch kommen viele Besucher mit persönlichen Problemen in die Ausstellung. Manch einem kann durch die Regierung an entsprechenden Beratungsstellen schnell geholfen werden. Aber Ratlosigkeit breitet sich oft auch bei uns aus, wenn die Menschen sich bitter beklagen, daß alte Strukturen noch immer funktionieren, weil Verantwortungsträger von gestern wieder die von heute sind. Ich weiß nicht, ob Sie mir noch Zeit lassen, ganz kurz drei ganz kleine Erlebnisse, die ich in der Ausstellung hatte, Ihnen zu sagen. Es geht ganz schnell.

Da läßt ein 16-jähriger Schüler während der Führung ganz nebenbei die Bemerkung fallen: „Alles Lügen“. Ein Versuch, mit ihm ins Gespräch zu kommen, scheitert. Hinter Arroganz verstockt er. Ich kann nur mutmaßen, Stasiverstrickungen in seiner Familie oder was sonst bringen ihn zu dieser Aussage. Für mich aber noch viel wichtiger der Gedanke: Heute Auschwitzlüge morgen Stasilüge. Warum haben wir solche Probleme mit der Akzeptanz der eigenen Vergangenheit?

Das zweite, ein Mann, ein Österreicher, kommt nach Leipzig, um abzurechnen. Sein Leben wurde durch die Staatssicherheit der DDR ruiniert. Haß spricht aus seinen Worten. Er kommt jeden Tag wieder. Erzählt immer wieder seine Geschichte, er schreit sie aus sich heraus, aber der Haß hat sein Gesicht schon versteinert. Dieser Mensch ist zerstört. Ich bin ratlos, kann nur zuhören. Das

macht ihn ein wenig ruhiger, und doch bin ich erleichtert, als er mir seine Rückfahrkarte nach Wien zeigt.

Ein letztes, einem Mann kommen Tränen angesichts des Plakates von Mathias Klemm „Stell dir vor, es gibt Schießbefehl und keiner führt ihn aus, Leipziger Herbst 1989“. Ein zaghafter Versuch mit ihm ins Gespräch zu kommen. Er war Kampfgruppenkommandeur in Leipzig, und ihm wird in diesem Moment bewußt, was er, wenn der Befehl gekommen wäre, an diesem 9. Oktober 1989 getan hätte. Diese Tränen, ich muß gestehen, auch ich war bewegt, wohl nicht zuletzt deshalb, weil ich solch eine Reaktion zum ersten Mal erlebte. Ich denke, wir brauchten mehr solcher Tränen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Dokumentations- und Informationszentrum Torgau, Brigitte Oleschinski: Ja, warum haben wir solche Schwierigkeiten, uns der Vergangenheit zu stellen? Ich stelle Ihnen hier so kurz es eben geht das Projekt „Spuren des Unrechts“ in Torgau vor, das sich mit der Geschichte von Haftstätten in Torgau beschäftigt. Ich muß Ihnen ganz kurz erklären, was diesen Ort ausmacht. Torgau ist in gewisser Weise ein neuralgischer Punkt der deutschen Geschichte, man könnte auch sagen, die deutsche Geschichte hat diesem Ort mehr Probleme aufgeladen, als ein einzelner Ort, eine kleine Kommune, eigentlich tragen kann. Es hat dort von 1936 bis 1945 die beiden berüchtigtsten Wehrmachtsgefängnisse der NS-Militärjustiz gegeben. Dort sind Menschen gefangengehalten worden, mißhandelt, gefoltert, ermordet aufgrund der Militärjustiz, es hat zur gleichen Zeit ein Kriegsgefangenenlager dort gegeben, es hat ein KZ-Außenkommando dort gegeben, 1943–1945 zog das höchste deutsche Militärgericht, d. h. Kriegsgericht nach Torgau. Dann, 1945–1947 hat es die Speziallager Nr. 8 und 10 dort gegeben, sowjetische Speziallager. 1950 wurde diese Haftstätte übergeben an das DDR-Innenministerium, als Strafvollzugseinrichtung. Es hat dort Jugendstrafvollzug gegeben und Strafvollzug auch für politische Gefangene, gleichzeitig seit 1965 existierte in der Stadt der geschlossene Jugendwerkhof Torgau, eine Disziplinierungseinrichtung in der Verantwortung des Volksbildungsministeriums. Jürgen Fuchs hat darüber kürzlich unter dem Stichwort „Die Schnürsenkel von Torgau“ berichtet.

Diese Massierung von Haftstätten in einer Stadt, die ungefähr 23.000 Einwohner hat, hat so eine Art doppeltes Tabu erzeugt. In der DDR-Zeit wurde weder über die NS-Militärjustiz noch über die Gegenwart dieser Haftstätten gesprochen. Die Aufarbeitung der NS-Militärjustiz wurde ganz massiv behindert durch Stasi, durch Eingriffe gegen Versuche, dort Forschungen zu machen. Das Tabu des Strafvollzugs in der DDR brauche ich, glaube ich, nicht weiter zu erläutern. Wir haben es dort mit einer Fülle von Aufarbeitungsproblemen zu tun. Es gibt zum einen Betroffene, Opfer vor 1945, Opfer nach 1945, wo im Grunde genommen in der Art greller Symbolik sich auch zeigt, wie schwierig in Deutschland die Geschichte vor 1945 mit der Geschichte nach